

Protokoll über die Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 14.01.2013

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Str.,
Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Beiratsmitglieder:

Nils Christahl

Peter Geis

Sascha Humpe

Dennis Klingenberg

Grete Klinkmüller

Gabriele Kröger-Schurr

Karen Nieschlag

Andreas Pfaff

Alex Schupp

Ralf Schwarz

Harald-Christian Sociu

Helma Stitz

Hans-Gerd Thormeier

Gisela Zimmermann

Es fehlten:

Heiner Böcker

Anke Krohne

Eike Schurr

Gäste

Rainer Frankenberg, Förderverein Wätjens Park e. V.

Frank Glaßl, Müller-Glaßl und Partner

Bernhard Leferink, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr,
Referat 24 Bodenschutz

Sabine Luther, Gesundheitsamt, Referat 31 Umwelthygiene

Joachim-Helmut Werner, Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr, Referat 33 Oberflächenwasserschutz

Ulrich Wessel, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat
24 Bodenschutz

Holger Voß, Polizeirevier Blumenthal

Ortsamtsleiter Peter Nowack

Verwaltungsbeamtin (Protokoll) Heike Rohde

OAL Nowack eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die
Anwesenden.

Die Tagesordnung wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung
genehmigt und somit wie folgt abgearbeitet:

Tagesordnung:

- 1 (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
- 2 (19:05 Uhr) Genehmigung der Protokolle
 - a. der öffentlichen Sitzung vom 12.11.2012
 - b. der öffentlichen Sitzung vom 10.12.2012
- 3 (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
- 4 (19:20 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung; Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
 - a. Fortsetzung „Bürgerfragen zum Thema Tanklager Farge“
Erstes Rederecht: Sprecher(in) der Bürgerinitiative „Tanklager Farge“
 - b. Hans-Peter Heise – Verlegung des Tagesordnungspunktes „Bürgeranträge, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung“ an den Anfang einer Beiratssitzung
 - c. Herbert Cink – Bürgerantrag zum Thema Kohletransporte per Bahn zum Kraftwerk Farge
 - d. Friedhelm Hölzel – Keine Umbenennung der Straße „Zum Krempel“
- 5 (19:50 Uhr) Neuwahl eines Mitgliedes für den Regionalausschuss
- 6 (19:55 Uhr) Vorstellung „Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und Landschaftsprogramm Bremen“
als Gast: Herr Lecke-Lopatta, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
- 7 (20:25 Uhr) Sachstandbericht „Wätjens Park“ als Gäste: Herr Frankenberg und Herr Glaßl
- 8 (21:00 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. CDU – Anfrage zum Straftäter Gösper Straße
 - b. Die Linke – Antrag zum Versand von Dateien an den Beirat
 - c. BiW – Antrag zur Überprüfung des Projektes „Wurzeln der Emphatie“ in Bezug auf Kindeswohlgefährdung
 - d. Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag: Abschiebung und Sippenhaft – NEIN DANKE
 - e. Die Linke – Antrag zur Bodenbeschaffenheit in Farge
 - f. Die Linke – Antrag zu den Grundwasserverunreinigungen in Farge
 - g. Die Linke – Anfrage zur Entschädigung von Grundstückseigentümern in Farge
 - h. Herr Klingenberg – Anfrage an die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit über die Ausstattung der Blumenthaler Schulen mit Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern
 - i. SPD und CDU – Antrag: Optionen für eine Zuzugskordinierung in der George-Albrecht-Straße
 - j. SPD – Antrag Krippenplätze KiTa Haus Blomendal
 - k. Die Linke – Anfrage zu den Umweltbelästigungen der vergangenen Wochen
 - l. Die Linke – Anfrage zur MTBE-Kontamination des Grundwassers in Farge
 - m. Die Linke – Antrag zur Besichtigung des Tanklagers Bremen-Farge
 - n. Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag zur Aufklärung über die Versorgungs- und Leitungsrechte auf dem ehemaligen BWK-Gelände
 - o. SPD – Dringlichkeitsantrag Resolution zur Zukunft des Bauamtes Bremen-Nord
- 9 (21:25 Uhr) Verschiedenes

TOP 2: Genehmigung der Protokolle

- a. **der öffentlichen Sitzung vom 12.11.2012**
- b. **der öffentlichen Sitzung vom 10.12.2012**

a.

Der Änderungsantrag zum Protokoll der Fraktion Der Linken wurde in der letzten Sitzung mit einer Ja-Stimme und 13 Enthaltungen angenommen.

Fälschlicherweise wurde der Änderungsantrag als abgelehnt gewertet und damit das Protokoll ohne Änderung genehmigt.

Als Konsequenz wird die Abstimmung mit folgendem Ergebnis erneut vorgenommen:

Die Zustimmung zum Protokoll mit Änderung wird mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Daraufhin lässt OAL Nowack über das Protokoll in der Urfassung abstimmen.

Mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird das Protokoll in der Urfassung genehmigt.

b.

OAL Nowack weist auf folgende, bereits vorgenommene Korrekturen im Protokoll hin:

Auf Seite 8 – Mitte muss es heißen „An der Amtsweide“ statt „Andernacher Straße“.

Auf Seite 12, vorletzter Absatz, muss es heißen: § 13 (2) BeirG statt § 13 (2) GO.

Sodann lässt er über das Protokoll abstimmen. Das Protokoll wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen.

TOP 3: Mitteilungen

- a. **aus dem Ortsamt**
- b. **des Beiratssprechers**

a.

OAL Nowack zitiert aus dem Antwortschreiben des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH) zum Job-Center-Standort folgenden Absatz:

[...In dem Schreiben vom 12.11.12 gehen Sie ausführlich auf den möglichen Umbau der leerstehenden Gebäude in der Kapitän-Dallmann-Str. 34 ein. Die bisher vorgelegten Planungen sehen eine Stilllegung der alten Sanitäranlagen des ehemaligen Pflegeheims vor, sodass sich letztlich für das Jobcenter keine aufgabengerechten Flächenzuschnitte ergeben. Vor diesem Hintergrund kann ich nicht erkennen, dass die Gebäude auch nach Umbau eine optimale Lösung für den Standort des Jobcenters Bremen-Nord bieten würde ...] und äußert sein Unverständnis über diese Argumentation.

b.

Keine

TOP 4: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung; Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

- a. **Fortsetzung „Bürgerfragen zum Thema Tanklager Farge“
Erstes Rederecht: Sprecher(in) der Bürgerinitiative „Tanklager Farge“**
- b. **Hans-Peter Heise – Verlegung des Tagesordnungspunktes „Bürgeranträge, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung“ an den Anfang einer Beiratssitzung**
- c. **Herbert Cink – Bürgerantrag zum Thema Kohletransporte per Bahn zum Kraftwerk Farge**
- d. **Friedhelm Hölzel – Keine Umbenennung der Straße „Zum Krempel“**

a.

Als Sprecherin der Bürgerinitiative „Tanklager Farge“ begründet Frau Pörtner die Gründung der Initiative. So sei das Tanklager nicht mehr zeitgemäß. Trotz vorhandener Betriebsgenehmigung würde eine heutige Neueinrichtung eines solchen Lagers in direkter

Nähe der Wohngebiete nicht mehr genehmigt werden. Die Grundstücke im betroffenen Wohngebiet seien verseucht und es bestehe eine Gesundheitsgefährdung der Bewohner. Der Wunsch der Bürgerinitiative ist die Schließung des Tanklagers. Frau Pörtner überreicht ein Schriftstück mit weiteren Fragen zum Tanklager Farge und bittet um schriftliche Beantwortung.

Bürger A bittet darum festzustellen, ob das Tanklager Farge nach § 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAwS) durch einen öffentlich zugelassenen Sachverständigen bzw. eine Sachverständigenorganisation überprüft wurde oder ob diese Vorschrift nicht für Anlagen der Bundeswehr gilt. Insbesondere möchte er wissen, ob das Gewerbeaufsichtsamt (GAA) solche Sachverständige im Amt hat oder wen es damit beauftragt hat und wann die letzte Überprüfung stattgefunden hat. Herr Werner beantwortet die Fragen dahingehend, als dass Überprüfungen alle 2 ½ bis 5 Jahre durch Sachverständige des TÜV Nord stattfinden. In den letzten 10 Jahren habe es keine Mängel gegeben. Die Sachverständigen seien zugelassen nach § 22 VAwS, nachzulesen auf der Homepage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Auf erneute Nachfrage von Bürger A nach der letzten Überprüfung erklärt Herr Werner, es würden laufend Überprüfungen stattfinden, weil 150 Anlagen auf dem Gelände auf dem Grundstück errichtet wurden. Alle Fristen würden eingehalten.

Bürger B erklärt, er habe privat einen doppelwandigen unterirdischen Öltank. Er möchte wissen, ob auch die Tanks des Tanklagers Farge doppelwandig gebaut worden seien. Herr Werner erläutert dass für den Weiterbetrieb von Tanklagern in den 90er Jahren Regeln entwickelt worden seien. Die Wände der unterirdischen Tanks bestehen aus 10 cm dicken Stahlplatten, eingegossen in einen Betonmantel. Bei Erfüllung der Regeln geht man somit von vergleichbarer Sicherheit aus.

Bürger C meint, er sei mit dem TÜV skeptisch. Seine Heizölanlage würde alle 5 Jahre überprüft werden, die Tankanlage sei einwandfrei. Allerdings stehe auf der Rückseite der Bescheinigung im Kleingedruckten, dass nur Sichtbares überprüft werde, für nicht sichtbare Mängel gebe es keine Garantie.

Bürgerin D hat Fragen zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Sie möchte wissen, welche Planungen schon bekannt sind; ihr erscheine das Areal für das Tanklager überdimensioniert. Herr Lecke-Lopatta wird dazu im TOP 6 etwas sagen.

Bürger E fragt, von wann die letzten Genehmigungen für die gelagerten Stoffe und für die Bahntransporte sind. Weiter fragt er nach der Geltungsdauer der Genehmigungen, ob diese überprüft werden und nach dem aktuellen Stand der Geltungsdauer. Außerdem möchte er wissen, ob es eine Auflistung der gelagerten Stoffe gibt. Herr Werner antwortet, dass die wasserrechtliche Eignungsfeststellung von 1992 datiert. Die anderen Fragen müssen schriftlich beantwortet werden. Die einzulagernden Stoffe sind jedoch bekannt, in der Regel handelt es sich um Diesel und Ottokraftstoffe sowie Flugbenzin, Kerosin etc.

Bürger F möchte wissen, da die Schadstoffe auf dem Grundwasser schwimmen würden, wie sich die Kapillarwirkung nach oben durch den Boden auswirkt. Herr Wessel antwortet, dass vom Grundwasser keine Gefahr ausgehe. Die Schadstofffahne sei bekannt, es würden ca. 300 ml pro Kubikmeter in die Gasphase übergehen. Ob aber etwas nach oben dringen würde, ist nicht bekannt. Sollte das aber der Fall sein, wäre eine 100fache Verdünnung an der Luft gegeben.

Bürger A berichtet, „jemand vom Gewerbeaufsichtsamt“ würde vom Tanklager Farge als einer „größeren Tankstelle“ mit Diesel und Benzin sprechen. Dies sei so aber nicht richtig, da

auch militärische Treibstoffe mit Antiflammstoffen, deren Gefährlichkeit nicht bekannt ist, gelagert würden.

OAL Nowack erklärt dazu, dass es am 16. Januar zu diesem Thema eine länderübergreifende Besprechung geben werde. Die Erkenntnisse aus dieser Besprechung werden weitergegeben.

Frau Pörtner möchte wissen, wann der Boden – gerade in Nähe der Schadstoffquelle – untersucht wird und wo sich die Gräben der A 270-Baustelle befanden. Außerdem möchte sie wissen, nach welchen Stoffen außer MTBE und BTEX gesucht wird (beispielsweise Beimischungen im Kerosin). Sie erklärt, dass die Anwohner inzwischen verunsichert und sauer seien und keine Risiken mehr tragen wollen.

Herr Leferink erklärt, die Kontamination sei durch den Austritt von flüssiger Phase passiert. Das Grundwasser habe dabei als Hindernis fungiert, zeitverzögert habe sich die Phase in Tropfen auf dem Grundwasser gesammelt. Dann erfolgte sukzessive eine Versickerung durch den Boden im Grundwasser. Was im Boden verbleibe (Residualsättigung) sei der Rest am Bodenkorn. Je zähflüssiger eine Substanz sei, desto mehr verbleibe am Korn. Da jedoch nur leichtflüssige Stoffe gefunden wurden, geht man davon aus, dass im Boden keine nennenswerten Konzentrationen zu finden sein – sollte sich aber doch etwas finden, sei die Konzentration in jedem Fall geringer als die im Grundwasser.

Zu bedenken sei auch, dass die Stoffe flüchtig seien und der Schadeneintritt schon lange Zeit zurückliege. Der Abbau im Boden erfolge zudem schneller als der im Grundwasser.

Bürgerin D weiß, dass auch der Düsentreibstoff JP-8 (NATO-Code F 34) gelagert sein soll, der hochtoxische Stoffe und aggressive Substanzen enthalte. Sie fragt, ob auch diese Stoffe im Grundwasser gefunden wurden.

Herr Wessel erläutert, dass nicht nach allen Stoffen gesucht werden, weil Benzine sich nicht entmischen. Für eine detaillierte Untersuchung gebe es zu viele Einzelstoffe. Untersucht worden seien die Stoffe, die bereits auf der letzten Sitzung vorgestellt wurden. Weitere Untersuchungen würden nicht weiterbringen.

Herr Leferink ergänzt, dass alle Stoffe verfolgt werden, die die Anwohner bedrohen. Er verweist nochmals auf die Empfehlung, das Grundwasser nicht zu nutzen. Die beigemischten Stoffe seien nicht gefährlicher als das Benzin.

Herr Schwarz meint, die bisher gegebenen Antworten seien ihm zu schwammig und könnten nicht ganz nachvollzogen werden. Er befürwortet einen Initiativantrag, alle Stoffe, die in den letzten 10 Jahren gelagert wurden, zu erfassen und zu analysieren, ob diese (auch nur in Spuren) im Boden enthalten sind. Der Boden müsse auf Gefahrenstoffe untersucht werden.

Herr Schwarz fragt, ob es eine Kostenfrage sei, dass dies noch nicht geschehen sei. Er möchte weiter wissen, wie weit die Entleerung der Tanks fortgeschritten sei, wann die Entleerung abgeschlossen sei und die Tanks gereinigt würden.

Herr Wessel antwortet, dass, wenn es keine Weiterbetreuung des Tanklagers gebe, die Tanks bis zum 31.05.2013 leergefahren und gereinigt sein müssten.

Herr Geis meint, die Vorgehensweise der senatorischen Behörde komme ihm naiv vor. Bei „toten Eichhörnchen“ wären sofort Greenpeace und der Umweltsenator da. Hier, wo Menschen betroffen seien, passiere nichts. Die Frage für die Menschen sei doch, „was oben rauskommt und die Menschen gefährdet“. Die Bodenbeschaffenheit sei so erst mal nicht interessant. In erster Linie seien die Auswirkungen auf die Gesundheit von Interesse: Was passiert mit den Menschen? Eine Verflüchtigung scheine es doch nicht zu geben, wenn das Wasser aus der Leitung nach Benzin rieche.

Herr Leferink erklärt, dass die Vorgehensweise nach den Regeln der Altlastenbearbeitung erfolge. Der Fall des Tanklagers sei zudem zwar groß, aber nicht einzigartig. Die Risiken für die Anwohner betreffend, weist er nochmals auf deren Information hin, das Grundwasser nicht zu benutzen. Dies sei die wirkungsvollste Methode, Risiken auszuschalten.

Frau Luther ergänzt, dass gesundheitliche Schädigungen bisher nicht untersucht wurden.

Dies sei auch schwierig, weil der Umfang an Schadstoffen, denen man hätte ausgesetzt sein

können, zusätzlich zu den sowieso täglich vorhandenen Schadstoffaussetzungen, schwer zu beurteilen ist. Die Belastung reihe sich in die normalen Schadstoffaussetzungen ein. Sonstige Einflüsse würden bisher nicht besonders hervorstechen. Frau Luther ist der festen Überzeugung, dass es bei Nichtbenutzung des Grundwassers keine Gründe zur Besorgnis gibt.

Herr Geis erwidert, dass in der Umgebung von Atomkraftwerken früher auch Auswirkungen auf die Gesundheit verneint wurden. Blumenthal wäre doch ein kleiner Stadtteil, der gut zu betrachten wäre, würde man auch die ansässigen Ärzte mit einbeziehen, beispielsweise mit einem Anschreiben des Gesundheitsamtes an die Anwohner, sich bei ihrem Arzt zu melden und untersuchen zu lassen.

OAL Nowack weist darauf hin, dass die Fragen, die die Gesundheit betreffen, bereits aus der letzten Beiratssitzung an das Gesundheitsamt Bremen weitergegeben wurden. Er hofft auf zufriedenstellende Antworten, verweist aber auch darauf, dass die sachliche Aufarbeitung eine Zeit lang dauern werde.

Frau Kröger-Schurr unterstützt den Antrag von Herrn Schwarz. Sie möchte wissen, ob, wenn Bürgerin D auf Giftstoffe hinweist, diese auch im Verkaufsexposé erwähnt werden und ob die von Bürgerin D beschriebenen Stoffe besonders untersucht und gegebenenfalls. Reinigungen durchgeführt würden.

Herr Schupp fragt an Herrn Wessel gerichtet nach, ob es, wenn wie erläutert die eingebundenen Stoffe mit in die Gasphase übergegangen seien, zu chemischen Reaktionen mit der Abluft des Kraftwerks Farge oder anderer Industriebetriebe kommen könne.

Herr Wessel antwortet, dass es nicht auszuschließen sei, dass „oben etwas ankomme“, dies aber in der Konzentration irrelevant sei.

Aus den Reihen der Bürger kommt ein Zwischenruf, ob es Untersuchungen der Luft auf Schadstoffe gebe. Herr Wessel erklärt, dass Boden/Luft-Untersuchungen demnächst veranlasst werden.

Frau Pörtner konstatiert, dass

1. weitere Gefährdungen nicht ausgeschlossen werden können und möchte
2. wissen, wie die Bundeswehr reagiert hat, in deren Obhut die Schäden passiert sind, oder ob andersrum die senatorische Behörde Strafantrag gestellt hat und wenn nicht, warum nicht und ob es
3. Kenntnis über Interessenten am Tanklager Farge gibt.

Herr Wessel antwortet zu 3), dass nichts bekannt sei.

Zu Punkt 2) sagt er, dass der Schaden im Rahmen anderer Untersuchungen bekannt wurde und die senatorische Behörde und die Bundeswehr an einem Tisch sitzen würden; alle wären gleichzeitig informiert.

Der erwähnte andere Schaden wurde erkannt, als der Kanisterabfüllplatz untersucht wurde. Unabhängig davon wurde gleichzeitig ein neuer Feuerlöschbrunnen gesetzt, in dem Rahmen wurde auch das Wasser untersucht. Dort seien die belastenden Werte so hoch gewesen, dass sie nicht aus dem Schaden am Kanisterabfüllplatz stammen konnten. Deswegen ist man auf den Verladebahnhof als Verursacher des neuen Schadens gestoßen.

Bürger D merkt an, dass es zwar eine Empfehlung „Finger weg vom Grundwasser“ gegeben habe, zwischen dem Schadenseintritt und der Warnung aber einige Jahre vergangen seien. Die Möglichkeit eines längeren Hautkontakts von Anwohnern mit dem Grundwasser sei also bedenkenswert.

Zu Punkt 2 meint er, die Sanierung durch Phasenabschöpfung sei ein anerkannter Hot Spot, um den am meisten kontaminierten Boden zu sanieren.

Bürger D möchte wissen, ob es ein Mitspracherecht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) bei den Interessenten am Tanklager gebe und ob diese bei einem Kauf von

Altlasten freigestellt würden. Weiter fragt er, ob der SUBV im Zuge des Mitspracherechts noch andere Sanierungsmöglichkeiten gefordert hat.

Herr Wessel erklärt, der SUBV sei Herr des Verfahrens und nicht nur ins Benehmen gesetzt. Zurzeit befinde man sich in Abstimmung mit dem Bund. Weitere Sanierungsmaßnahmen werden dann erwogen, wenn alle Ergebnisse vorliegen. Die Phasensanierung begann 2010.

OAL Nowack macht dem Beirat den Vorschlag zu versuchen, für die Beiratssitzung im Februar zum Thema „offene Fragen“ einen Vertreter der Bundeswehr einzuladen. Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

b.

Zum vorliegenden Bürgerantrag merkt OAL Nowack an, dass man verpflichtet sei, zu Beginn einer Sitzung ein bestimmtes Prozedere einzuhalten. Der Tagesordnung „Bürgeranträge, Wünsche und Anregungen der Bürger“ könne zwar vor den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen aus dem Ortsamt und des Beiratssprechers“ gezogen werden, jedoch beinhalte dieser oft schon Themen, die die Bürger interessierten und deren Fragen beantworteten. Der vorliegende Bürgerantrag wird vom Beirat nicht unterstützt.

c.

Herr Schwarz beantragt, den vorliegenden Bürgerantrag im Regionalausschuss zu behandeln, da alle drei Beiräte betroffen seien. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

d.

OAL Nowack erklärt, dass der Bürgerantrag bereits im Koordinierungsausschuss besprochen wurde. Die Ausschussmitglieder baten vor einer Entscheidung um eine Auflistung der Kosten. Die Auflistung war bis heute nicht eingegangen; der Beschluss der letzten Sitzung wurde jedoch auch noch nicht weitergegeben und wird bis zu einer endgültigen, möglicherweise revidierten Entscheidung zurückgehalten.

TOP 5: Neuwahl eines Mitgliedes für den Regionalausschuss

Vorgeschlagen wird Herr Alex Schupp.

Der Vorschlag wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen. Herr Schupp nimmt die Wahl an.

TOP 6: Vorstellung „Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und Landschaftsprogramm Bremen“ als Gast: Herr Lecke-Lopatta, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Herr Lecke-Lopatta erläutert vorab, dass ein Flächennutzungsplan keine Detailfragen kläre, sondern als „Großes-Ganzes“ und Zielvereinbarung der Träger öffentlicher Belange zu sehen sei, der die Sortierung der Entwicklung im Inneren und nicht nur wie früher die Nutzung der Grünflächen beschreibe.

Eine Power-Point-Präsentation (*ist der Protokollakte beigefügt*) ergänzt den Bericht Herrn Lecke-Lopattas. So wird für Rekum bei den Grünflächen Abstand genommen von weiterer gewerblicher Entwicklung. Die Errichtung von Windkraftanlagen bleibt ein Vorschlag, der aufgrund der von den Bürgern vorgebrachten Argumente aber wohl nicht umgesetzt wird. Alternativ wird als Standort das Gelände des Tanklagers Farge geprüft.

Zurzeit wird diskutiert, ob es weiterhin sinnvoll wäre, an der Hospitalstraße ein Gewerbegebiet zu entwickeln. Eine solche Entstehung wäre zwar im Zuge der Entwicklung des BWK-Geländes erstaunlich, sollte jedoch aus dem Beirat dieser Vorschlag kommen, würde man tätig werden.

Eine Erweiterungsfläche für das Kleingartengebiet ist nicht mehr erforderlich.

Herr Lecke-Lopatta möchte nicht auf jede Einzelheit gehen und verweist auf das Internet, dort sind hinter jedem Punkt ausführliche Informationen zu finden.

Bezüglich des Geländes des Tanklagers Farge werden mehrere Dinge diskutiert. Die Frage ist, ob es Sinn macht, dort einige Bereiche als Gewerbegebiet auszuweisen. Zurzeit wird dazu kein Anlass gesehen, eine generelle Öffnung als Erholungsgebiet sei allerdings auch schwierig, da Altlasten vorhanden seien. In Diskussionen mit den Nachbargemeinden wird man möglicherweise zu neuen Informationen gelangen, gegenwärtiger Stand ist aber, dass dort der Wald bleibt. Wie erwähnt gibt es die Prüfung zur Windkraftnutzung. Der Flächennutzungsplan stellt aber langfristige Perspektiven dar, ob die Forderung daher erhoben wird, bleibt abzuwarten. In Nebenzentren wird u. a. auch der Ensembleschutz erhalten.

Für das BWK-Gelände wird die Betonung der Mittelachse mit Zugänglichkeit zum Wasser und gemischter Baufläche im Randbereich geplant. Diese gemischte Baufläche ist allerdings dem Wirtschaftsressort schon zu groß, ob daher weitere Bauflächen einfließen werden, ist fraglich.

Das Landschaftsprogramm Bremen wird parallel zum Flächennutzungsplan aufgestellt. Wichtige ökologische Gesichtspunkte und Erholungsgesichtspunkte werden gleichzeitig mit dem Flächennutzungsplan betrachtet.

Drei Kategorien werden in den Flächennutzungsplan übernommen:

- die Grünverbindung
- die Ortsbildbereiche, die besonderen Schutz bedürfen
- bauleitplanerische Entscheidungen

Im Zeitrahmen der Planungen liegt man jetzt bei den Trägerbeteiligungen. Deren Belange werden zusammengeführt, um dann die Entwürfe öffentlich auszulegen. Anschließend erfolgt die Beteiligung der Bürger und Beiräte.

Frau Kröger-Schurr bittet um Bekanntgabe der Internetanschrift.

(Anmerkung der Verwaltung: lapro-bremen.de und FNP-Bremen.de)

Herr Schupp stellt fest, dass in den Unterlagen die Altablagerungen in Bockhorn (Golfplatz) nicht mehr vorhanden seien. Unter dem Golfplatz befinde sich jedoch eine Müllkippe. Herr Schupp fragt, was denn in die Pläne aufgenommen werde. Auch das Gebiet „Am Steending“ stehe unter Landschaftsschutz, obwohl quer durch das Gelände die Ablagerungen gingen. Warum erfolgte die Unterschutzstellung, wenn das Gebiet industriell genutzt wurde? Herr Lecke-Lopatta bittet, die Fragen schriftlich einzureichen.

TOP 7: Sachstandsbericht „Wätjens Park“

als Gäste: Herr Frankenberg und Herr Glaß

(Eine Powerpoint-Präsentation ist der Protokollakte beigefügt)

Herr Frankenberg geht kurz auf die Historie des „Wätjens Park“ ein. Die Aufteilung des Geländes auf den Vulkan und die Baumwollkämmerei wurde aufgehoben, die Gebiete wieder zusammengeführt. Inzwischen ist der Park denkmalgeschützt, das Interesse am Park geht denn auch über die Landesgrenzen hinweg. Auch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ist auf den Park aufmerksam geworden und hat bereits finanziell geholfen, Bänke aufzustellen.

2005 wurde der Förderverein Wätjens Park gegründet, 2007 wurde der Park unter Denkmalschutz gestellt. 2008 erfolgte die Rückführung des Haupttors an den alten Platz. Auch der zweite Teil des historischen Weges wurde bis 2010 wieder hergestellt. Im Jahr 2010 erfolgte die Aufstellung der Büste Christian-Heinrich Wätjens. Im Bereich Brunnenplatz wurde der gusseiserne des BWK-Geländes restauriert, der alte, ursprüngliche Platz wurde wieder gefunden.

Im letzten Herbst wurde die Steingrotte wieder hergestellt. Ein Parkpflegewerk wird angestrebt. U. a. sollen eine Strom- und Wasserversorgung für den Brunnen und Besucherparkplätze hergestellt werden.

Herr Müller-Glaß ergänzt die Ausführungen von Herrn Frankenberg und zeigt anhand einer Power-Point-Präsentation einige durchgeführte Maßnahmen. So wurde der Schweizerhaus-Garten wieder hergestellt; das Haus selber wurde in den 80er Jahren abgerissen, die

Wegestrukturen im Untergrund blieben aber erhalten, das Haus wird jetzt als Heckenquartier angedeutet.

Weitere Ausgleichsmaßnahmen wurden geschaffen.

Es erfolgte die „Christian-Heinrich und Dietrich-Heinrich-Wätjen“-Tempel-Restaurierung. Das Wegekonzept ist auf das 19. Jahrhundert zurückzuführen, viele Wege sind allerdings zugewachsen und werden wieder hergestellt (wieder „ergraben“), so dass immer neue Sichten entstehen. Die Bänke im Schweizerhaus-Garten wurden nach historischem Vorbild wieder aufgebaut.

Ein wesentlicher anderer Punkt ist der Baumbestand. Wege und Gräben werden nach alten Plänen wieder hergestellt, es gibt aber keine Informationen darüber, welche Pflanzen ursprünglich genommen und wie sie angeordnet wurden.

Dem Förderverein bot sich die Gelegenheit, dass die Deutsche Stiftung Denkmalschutz sich zu einer Bestandsaufnahme der Bäume bereit erklärte. Diese wurde im letzten Herbst durchgeführt, gleichzeitig wurde die Topographie (Höhenunterschiede und kleinere Bewegungen) bei der Vermessung mit aufgenommen. Bei der Bestandsaufnahme wurden die Pflanzenarten und über 50 Subarten bestimmt. Auch die altersmäßige Bestimmung und die Artenverteilung wurden aufgenommen sowie die Besonderheiten der Arten gekennzeichnet.

Geplant ist die östliche Weiterführung, dort gibt es erste Ansatzpunkte zur Baumsubstanz und Weiterführung im Park.

Herr Frankenberg dankt dem Beirat für die Spende zur Büste zum 200.sten Geburtstag von Wätjen.

TOP 8: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. **CDU – Anfrage zum Straftäter Gösper Straße**
- b. **Die Linke – Antrag zum Versand von Dateien an den Beirat**
- c. **BiW – Antrag zur Überprüfung des Projektes „Wurzeln der Empathie“ in Bezug auf Kindeswohlgefährdung**
- d. **Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag: Abschiebung und Sippenhaft – NEIN DANKE**
- e. **Die Linke – Antrag zur Bodenbeschaffenheit in Farge**
- f. **Die Linke – Antrag zu den Grundwasserverunreinigungen in Farge**
- g. **Die Linke – Anfrage zur Entschädigung von Grundstückseigentümern in Farge**
- h. **Herr Klingenberg – Anfrage an die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit über die Ausstattung der Blumenthaler Schulen mit Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern**
- i. **SPD und CDU – Antrag: Optionen für eine Zuzugskordinierung in der George-Albrecht-Straße**
- j. **SPD – Antrag Krippenplatze KiTa Haus Blomendal**
- k. **Die Linke – Anfrage zu den Umweltbelästigungen der vergangenen Wochen**
- l. **Die Linke – Anfrage zur MTBE-Kontamination des Grundwassers in Farge**
- m. **Die Linke – Antrag zur Besichtigung des Tanklagers Bremen-Farge**
- n. **Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag zur Aufklärung über die Versorgungs- und Leitungsrechte auf dem ehemaligen BWK-Gelände**
- o. **SPD – Dringlichkeitsantrag Resolution zur Zukunft des Bauamtes Bremen-Nord**

a.

Ohne Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

b.

Ohne Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.
Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

c.

Der Antrag wird vertagt.
Es soll in der Beiratssitzung im Februar eine Diskussion zum Thema mit sachkundigen Referenten geben.

d.

Zu dem Antrag liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.
Vor der Abstimmung erklärt Frau Kröger-Schurr, sie lasse sich vom Beirat nicht als Lügnerin darstellen. Zu dem Thema sei im Koordinierungsausschuss so nicht entschieden worden, auch liege bisher kein Protokoll der besagten Sitzung vor.
Herr Schwarz meint, er habe keine Schwierigkeiten, Wahrheiten auch ohne Protokoll klarzustellen.
Frau Kröger-Schurr sagt, sonst sei alles nachzulesen, nur dieses Protokoll nicht.
OAL Nowack erteilt Frau Kröger-Schurr eine Rüge, da sie wiederholt die Unwahrheit sage.
Das Protokoll sei schon lange verteilt worden.
Frau Kröger-Schurr bittet, dies nach § 10,6 Geschäftsordnung ins Protokoll zu nehmen.
Herr Christahl fordert den Beschluss über den Änderungsantrag.
Sodann wird über den Änderungsantrag wie folgt abgestimmt:
11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.
Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

e.

Zum Antrag F liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor, mit dem Antrag E erledigt ist, da der Änderungsantrag den Antrag F um den Antrag E ergänzt.

f.

Über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Antrag F wird wie folgt abgestimmt:
12 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen.
Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

g.

Zum vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD gibt es die Nachfrage, warum die Senatorin für Finanzen und nicht der Bund als Eigentümer des Tanklagers Farge gefragt werden soll. Herr Geis antwortet, es solle Rechtssicherheit für die Grundstückseigentümer geschaffen werden, diese müssten wissen, an wen sie sich zu wenden haben.
Der Änderungsantrag wird mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

h.

Ohne Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

i.

Ohne Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.
Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

j.

Frau Kröger-Schurr fragt, ob es in dem Antrag um „unter“- oder „über“-3 – Plätze ginge. Sie ergänzt, dass die Kirche selber gar nicht auf die Interessen ihrer Gemeinde reagiert habe.
Es wird eingeworfen, dass „Krippenplätze“ immer „unter 3“-Plätze sind.
Frau Kröger-Schurr berichtet, dass schon 10 Plätze für „unter Dreijährige“ bewilligt worden seien und der Antrag damit evtl. überholt sei, seit Dezember sei einiges passiert.

Herr Geis erwidert, dass die Gemeinde feststellte, dass sie, obwohl dort Plätze vorgehalten werden, von der Senatorin nicht gehört wurde. Er bittet um Aufforderung an die Senatorin, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Schwarz möchte, dass das Wort „gestatten“ im Antrag geändert wird in „genehmigen“. Mit dieser Änderung wird der Antrag einstimmig angenommen.

OAL Nowack ergänzt, dass die Kirchenzentrale in Bremen nicht wusste, dass die Gemeinde Plätze einrichten wollte.

k.

Zu dem Antrag liegt ein umfangreicher Bericht der Verwaltung für die Deputation vor.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

l.

Der Antrag wurde durch den Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu G erfasst und ist damit erledigt.

m.

Zu dem Antrag liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Frau Kröger-Schurr meint, es solle in den Änderungsantrag mit einfließen, dass die Rahmenbedingungen auch mit der Bundeswehr zu regeln seien.

OAL Nowack sagt, die Betreiberfirma sei der Ansprechpartner, diese würde die Regelungen mit der Bundeswehr treffen.

Der Änderungsantrag wird daraufhin einstimmig angenommen.

n.

Zu dem Antrag liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Frau Kröger-Schurr zieht den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurück.

Herr Schwarz beantragt daraufhin, den vorliegenden Änderungsantrag in einen Dringlichkeitsantrag umzuwandeln, so denn der Antragsteller einverstanden ist.

Die antragstellende Partei erklärt sich einverstanden.

Sodann wird über die Dringlichkeit des Antrags abgestimmt wie folgt abgestimmt:

11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.

Daraufhin wird über den Antrag wie folgt abgestimmt:

11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

o.

Über die Dringlichkeit des Antrags wird wie folgt abgestimmt:

7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Der Antrag wird daraufhin mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

TOP 9: Verschiedenes

OAL Nowack gibt folgende Termine bekannt:

19.01.2013, 12.00 Uhr Neujahrsempfang AMeB in Farge

31.01.2013, 18.30 Uhr Regionalausschuss Bremen-Nord in der Scheune der Burg Blomendal

11.02.2013, 19.00 Uhr öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße

OAL Nowack schließt die Sitzung um 21.43 Uhr.

Ortsamtsleiter

Beirat

Protokoll